

Uerdinger Straße: Es tut sich nichts

Axel Heyer und Rainer Klaucke halten es für einen Skandal, wie die Stadt auf den Verkehrsunfall vor vier Jahren reagiert hat

Von Martin Kleinwächter

Über vier Jahre ist es her, dass am 25. Februar 2003 ein kleines Mädchen auf dem Schulweg bei grünem Licht der Fußgängerampel die Uerdinger Straße in Mündelheim überquerte, dabei von einem Satelzug angefahren und schwer verletzt wurde. Bis heute haben Bemühungen nicht gefruchtet, die Verkehrsführung auf der stark belasteten Uerdinger Straße und im Kreuzungsbereich mit der B 288 zu entschärfen. Axel Heyer und Rainer Klaucke, zwei Familienväter aus Mündelheim, hatten sich mehrfach dafür stark gemacht. Mittlerweile sprechen sie von einem Skandal. Hier ihre Chronologie:

März 2003: Der Unfall löst eine Diskussion darüber aus, ob auf der Uerdinger Straße nicht doch Tempo 30 ausgeschildert werden darf. Entsprechende Forderungen von 2001 waren abgelehnt worden. Klaucke und Heyer richten Eingaben an die Stadt, ebenso die Schulpflegschaft der Grundschule, die auch eine Einwohnerfragestunde beantragt. Die Vorschläge reichen von Warningschildern für den Schulweg über eine Einbahnstraße für

Im Bonnefeld bis hin zur Aufstellung von „Starenkästen“.

April 2003: Die Eltern erhalten auf ihre Anfrage erst einmal zur Antwort, dass dies alles gründlich geprüft werden müsse. Die CDU macht sich für „Starenkästen“ stark, allerdings hauptsächlich entlang der B 288.

November 2003: Die Bezirksvertretung Süd berät die Eingaben - ohne Ergebnis.

„Wir werden das schnellstens ändern“

Januar 2004: Großaufgebot von Behördenvertretern in der Bezirksvertretung Süd. Sie erwecken den Eindruck, eine separate Linksabbiege-Ampelphase in Richtung Uerdinger Straße und Tempo 50 für die B 288-Ortsdurchfahrt stünden kurz vor der Verwirklichung.

Mai 2004: Heyer und Klaucke erhalten nach über einem Jahr Antworten auf ihre Eingaben. Konkreteste Maßnahme: „Bischofsmützen“ sollen das Geradeausfahren auf der Rechtsabbiegespur nach Mündelheim verhindern. Ansonsten bleibt es bei Prüfabsichten.

September 2004: Heyer und Klaucke erreichen einen Ortstermin mit der Stadt.

März 2005: Die Süd-CDU beantragt einen Sachstandsbericht.

August 2005: Die Süd-SPD empört sich über den Sachstandsbericht, nachdem weitere Verhandlungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau nötig sind.

Dezember 2005: Stadtdirektor Jürgen C. Brandt und Polizeipräsident Rolf Cebin streiten auf einer SPD-Versammlung im Ellerhof über kommunale Radarkontrollen.

April 2006: Heyer und Klaucke erreichen einen Ortstermin mit OB Adolf Sauerland: „Wir werden das schnellstens ändern“, verspricht der.

August 2006: CDU und SPD beantragen ein ganzes Maßnahmenpaket.

März 2007: Auf die CDU-Anfrage, was aus seiner Umsetzung geworden sei, heißt es, die Zustimmung des Landesbetriebs stehe noch aus.

April/Mai 2007: In Gesprächen mit Landesbehörden erfahren Klaucke und Heyer, es liege nicht an deren fehlender Zustimmung, sondern an der fehlenden Auftragserteilung durch die Stadt Duisburg.



Rainer Klaucke (44) lebt seit 1997 vor Ort. Foto: Hans Blossley

Drastisches Urteil

Das Urteil von Axel Heyer und Rainer Klaucke fällt drastisch aus: „Die Stadtverwaltung tut nichts, handelt zumindest sehr ineffektiv.“ Und die Politiker seien nur bemüht, öffentlich einen guten Eindruck zu machen. „Ihre Beschlüsse kontrollieren sie nicht, meckern stattdessen nur.“ **mkw**



Axel Heyer (57) lebt seit 1989 in Mündelheim. Foto: privat